



Teilrevision des Gesetzes über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz) und des Datenschutzgesetzes (DSG)

Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission
vom 26. Januar 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die vorberatende Kommission des Kantonsrats betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz) und des Datenschutzgesetzes (DSG) hat die Vorlage des Regierungsrates vom 19. August 2025 (Vorlagen Nr. 3980.1 - 18298 und 3980.2 - 18299) in einer Sitzung vom 26. Januar 2026 beraten und verabschiedet. Sicherheitsdirektorin Laura Dittli vertrat das Geschäft aus Sicht der Regierung. Sie wurde von Meret Baumann, Generalsekretärin der Sicherheitsdirektion und Carmen Lingg, Leiterin Rechtsdienst der Sicherheitsdirektion, unterstützt. Das Protokoll führte Monica Stauffer.

Der Bericht ist wie folgt gegliedert:

1. Ausgangslage
2. Ablauf der Kommissionsberatung
3. Wahl Vizepräsidium
4. Fragerunde
5. Input von und Fragen an Ombudsstelle und Datenschutzstelle
6. Eintretensdebatte
7. Detailberatung
8. Schlussabstimmung
9. Kommissionsantrag

1. Ausgangslage

Mit der vorliegenden Teilrevision wird die rechtliche und finanzielle Unabhängigkeit der Ombudsstelle und der Datenschutzstelle gestärkt. Der Regierungsrat soll dem Kantonsrat in Zukunft keinen abweichenden Antrag zum Budgetentwurf der beiden Fachstellen mehr unterbreiten, sich aber gleichwohl gegenüber dem Kantonsrat dazu äussern können. Der restliche Budgetprozess bleibt unverändert. Mit der Vorlage wird die teilerheblich erklärte Motion von Mirjam Arnold, Michael Felber, Isabel Liniger, Tom Magnusson, Jill Nussbaumer, Anastas Odermatt und Martin Zimmermann betreffend Zuständigkeitsregelung für den Budgetprozess der Ombuds- und der Datenschutzstelle (Vorlage Nr. 3544.1 - 17260) umgesetzt.

2. Ablauf der Kommissionsberatung

Der Kommissionspräsident eröffnete die Kommissionssitzung vom 26. Januar 2026 mit einem kurzen Überblick über den Ablauf der Sitzung. Anschliessend führte Sicherheitsdirektorin Laura Dittli in die Vorlage ein und orientierte über die Ausgangslage. Daraufhin stellte Carmen Lingg die Gesetzesvorlage summarisch vor und erläuterte die vorgesehenen Änderungen.

Nach Abschluss der Fragerunde (vgl. nachfolgend Ziff. 4) gab es einen Austausch mit der Ombudsstelle und der Datenschutzstelle (vgl. nachfolgend Ziff. 5). Auf Basis dieser Diskussion folgte die Eintretensdebatte (vgl. nachfolgend Ziff. 6) und daraufhin die Detailberatung der

Vorlage (vgl. nachfolgend Ziff. 7). Die Kommission schloss ihre Arbeiten mit der Schlussabstimmung ab (vgl. nachfolgend Ziff. 8).

An der Kommissionssitzung vom 26. Januar 2026 waren alle 15 Kommissionsmitglieder anwesend. Die beiden Fachstellen (Ombudsstelle vertreten durch die Ombudsfrau, Bernadette Zürcher sowie die Datenschutzstelle vertreten durch die Datenschutzbeauftragte, Yvonne Jöhri) nahmen zu Beginn bis und mit Ziff. 5 an der Kommissionssitzung teil.

3. Wahl Vizepräsidium

Als Vizepräsident der Kommission wurde Alessandro Ehrbar gewählt.

4. Fragerunde

An der Kommissionssitzung gab es im Anschluss zur Vorstellung der Gesetzesvorlage durch die Sicherheitsdirektion eine Fragerunde. Dabei wurde der Zeitpunkt und die Form des neu vorgesehenen Äusserungsrechts und der konkrete Budgetprozess sowie allfällige diesbezügliche Unterschiede in der Handhabung der Gerichte thematisiert.

→ Zeitpunkt und Form des Äusserungsrechts des Regierungsrats

Es wurde diskutiert, wann und in welcher Form sich der Regierungsrat künftig zu den Budgets der beiden Fachstellen äussern wird. Weder der Erlasstext noch der Bericht und Antrag des Regierungsrats würden sich dazu konkret äussern. Die Sicherheitsdirektorin erklärte, dass der Regierungsrat zwar auf ein formelles Antragsrecht verzichten, sich aber ein schriftliches und mündliches Äusserungsrecht vorbehalten wollte. Alles andere wäre nicht sachgerecht. Entsprechend würde der Regierungsrat sein Äusserungsrecht im sogenannten «Budgetordner» bzw. bereits in den vorgelagerten Budgetberatungen wahrnehmen. Damit würden sowohl die Zuger Staatswirtschaftskommission (nachfolgend: Stawiko) als auch die kantonalen Parteien und die beiden Fachstellen frühzeitig von der Haltung des Regierungsrat Kenntnis erhalten und könnten sich entsprechend für die Budgetberatungen im Kantonsrat vorbereiten.

Zu den richterlichen Behörden (Obergericht und Verwaltungsgericht) führte die Sicherheitsdirektorin aus, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat aktuell (immer noch) einen abweichenden Antrag zum Budget vorlegen könne (§ 36 Abs. 3 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden vom 31. August 2006 [Finanzhaushaltsgesetz, FHG; BGS 611.1]). An dieser Regelung werde nichts geändert, zumal mit vorliegender Revision lediglich die eingangsgenannte Motion umgesetzt werden soll. Durch einen Kantonsrat wurde vorgebracht, dass die beiden Fachstellen mit der neuen Regelung betreffend Budget in gewissem Masse unabhängiger als die Gerichte werden würden.

→ Ablauf (aktueller) Budgetprozess

Hinsichtlich des Budgetprozesses erklärte die Sicherheitsdirektorin, dass dieser bewährte und eingespielte Prozess beibehalten werden soll. Entsprechend würden die beiden Fachstellen ihr Budget weiterhin an den Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats weiterleiten. Dieser würde die jeweiligen Budgetentwürfe unverändert in seinen Bericht und Antrag zum Budget und den Finanzplan des Kantons Zug aufnehmen. Nach den beiden Lesungen im Regierungsrat folge der übliche Budgetprozess mit der Stawiko, wie ihn auch die Direktionen und Gerichte durchlaufen. Weiter wurde diskutiert, dass dabei auch Visitationen durch die verschiedenen Delegationen vorgesehen seien und die Stawiko abweichende Anträge stellen könne. Im Kantonsrat würden die Ombuds- und Datenschutzstelle dann – wie schon heute – ihr Budget selbst vertreten.

→ *Abweichende Budgetanträge seitens Regierungsrats*

Auf die Frage, ob die letzten Jahre bei den beiden Fachstellen überhaupt abweichende Budgetanträge durch die Regierung gestellt worden seien, erklärte die Sicherheitsdirektorin, dass dies wenig (Datenschutzstelle) bis gar nicht (Ombudsstelle) der Fall gewesen sei. In den letzten Jahren sei bei der Datenschutzstelle einmal ein abweichender Antrag gestellt worden.

5. Input von und Fragen an Ombudsstelle und Datenschutzstelle

5.1 Input Ombudsstelle

Die Ombudsfrau erklärte im Wesentlichen, dass eine wirkliche Unabhängigkeit der beiden Fachstellen lediglich mit einer vollständigen Unabhängigkeit, inkl. Budgetunabhängigkeit, gewährleistet sei. Dies bedeute, dass dem Regierungsrat kein Antragsrecht zukommen dürfe und konsequent durchdacht ebenso wenig ein Äusserungsrecht. Das nun vorgesehene Äusserungsrecht des Regierungsrats sei systemfremd und werde der geforderten vollständigen Unabhängigkeit der Fachstellen nicht gerecht. Diese könne nur dadurch erreicht werden, wenn dem Regierungsrat im Rahmen der Budgetdebatte der Fachstellen gar kein Mitspracherecht (und damit auch kein Äusserungsrecht) zukomme. Die Ombudsstelle verlange, dass dem Regierungsrat weder ein Antragsrecht (wie im geltenden Recht vorgesehen) noch ein Äusserungsrecht (wie im Vorschlag des Regierungsrats vorgesehen) zukomme. Dieselbe Auffassung habe der Regierungsrat im Rahmen der internen Vernehmlassung auch (noch) vertreten.

Den zuvor diskutierten Vergleich mit den Gerichten (vgl. Ziff. 4 vorstehend) würde sie als nicht sachgerecht beurteilen. Die beiden Fachstellen würden nur dem Parlament unterstehen. Dieses sei Aufsichtsbehörde über die Fachstellen. Die Gerichte hätten als Judikative eine andere Rolle, die nicht mit derjenigen der Ombudsstelle und der Datenschutzstelle vergleichbar sei. Insofern könne auch nicht von einer Besserstellung der beiden Fachstellen gegenüber den Gerichten gesprochen werden, sollte bei den Fachstellen kein Antragsrecht durch den Regierungsrat mehr bestehen.

Hinsichtlich der Diskussionen betreffend Zeitpunkt und Form des Äusserungsrechts des Regierungsrats würde sie eine mündliche Äusserungsmöglichkeit des Regierungsrats während der Kantonsratssitzungen jedenfalls als zu kurzfristig erachten.

5.2 Input Datenschutzstelle

Die Datenschutzbeauftragte schloss sich den Äusserungen der Ombudsfrau an. Sie erklärte insbesondere ebenso, dass sie den Vergleich mit den Gerichten nicht nachvollziehen könne. Die beiden Fachstellen würden – im Gegensatz zu den Gerichten – keiner Partei angehören und vollständig unabhängig sein. Weiter ergänzte sie, dass aus dem Gesetzestext klar hervorgehen müsse, was der Regierungsrat nun machen könne. Das Äusserungsrecht des Regierungsrats lediglich im Bericht und Antrag (statt im Gesetzestext) zu erwähnen, wäre die schlechteste aller Varianten.

5.3 Allgemeine Fragen an die beiden Fachstellen

→ *Unabhängigkeit der beiden Fachstellen*

Auf die Frage, weshalb die beiden Fachstellen die Thematik der Budgetunabhängigkeit nicht von sich aus gegenüber dem Kantonsrat vorgebracht hätten, erklärten diese, dass ihnen dies bisher nicht aufgefallen sei. Die Thematik sei aber wichtig für sie.

Es wurde diskutiert, ob die Unabhängigkeit der beiden Fachstellen bei einem gegenteiligen Antragsrecht überhaupt tangiert werde. Da der Kantonsrat letztlich die entscheidende Behörde sei und dem Regierungsrat lediglich ein Vorschlagsrecht zukomme, sei dies fraglich. Dagegen wurde votiert, dass der Regierungsrat durch sein Antragsrechts sehr wohl Einfluss auf den

Kantonsrat ausübe. Schliesslich würden die Datenschutzstelle und die Ombudsstelle viel mit der Verwaltung zusammenarbeiten, weshalb die Schnittstellen eben unabhängig sein sollten.

Seitens der Datenschutzbeauftragten wurde weiter darauf hingewiesen, dass sich die Unabhängigkeit der Fachstellen auch aus europarechtlichen Vorgaben ergeben würde. Es handle sich hierbei nicht nur um einen «Wunsch» der Fachstellen. Die Vorgaben seien umzusetzen.

Auf die Frage, wie die Unabhängigkeit weiter gestärkt werden solle, erklärte die Ombudsfrau, dass der zweite Satz der beiden Bestimmungen aufgehoben werden solle. In dem Sinne, dass dem Regierungsrat nicht nur kein Antragsrecht zukomme, sondern ebenso wenig ein Äusserungsrecht.

Im Übrigen wurde erklärt, dass die Stawiko die Budgetanträge der beiden Fachstellen auch unabhängig vom Antrags- oder Äusserungsrecht des Regierungsrats prüfe. Die Stawiko agiere – wie üblich – unabhängig.

6. Eintretensdebatte

Mit der Begründung, dass es sich um ein theoretisches Problem handle, das bisher nie bemängelt worden sei, und dass für den Kantonsrat eine Prüfung bzw. Einschätzung der beiden Budgets durch den Regierungsrat lediglich von Vorteil sei, wurde beantragt, auf die Vorlage nicht einzutreten. Gleichzeitig wurde von anderer Seite mit Hinweis auf die Stärkung der Unabhängigkeit der beiden Fachstellen und dem bleibenden Äusserungsrecht des Regierungsrats gegenüber dem Kantonsrat der Antrag gestellt, auf die Vorlage einzutreten.

In der Folge beschloss die Kommission mit 11:4 Stimmen, auf die Vorlage zur Teilrevision des Gesetzes über die Ombudsstelle (Ombudsgesetz) und des Datenschutzgesetzes (DSG; Vorlagen Nr. 3980.1 - 18298 und 3980.2 - 18299) einzutreten.

7. Detailberatung

In der Detailberatung erfolgten zuerst allgemeine Stellungnahmen (vgl. nachfolgend Ziff. 7.1), bevor über weitere Abklärungsaufträge diskutiert und abgestimmt wurde (vgl. nachfolgend Ziff. 7.2). Im Anschluss ging die Kommission die Bestimmungen der Vorlage im Einzelnen durch (vgl. nachfolgend Ziff. 7.3).

7.1 Allgemeine Stellungnahmen

Es wurde die Meinung vertreten, dass mit dem Äusserungsrecht des Regierungsrats mehr Informationen zur Beurteilung zur Verfügung stünden, was begrüsst werde. Die Einschätzung des Regierungsrats sei auch für die Stawiko von Vorteil. Andererseits wird auf die Gewaltenteilung hingewiesen und darauf, dass die Unabhängigkeit der beiden Fachstellen von der Regierung nur dann bestehe, wenn dieser kein Antragsrecht zukomme.

7.2 Abklärungsaufträge

7.2.1 Beizug ausführlicher (vertraulicher) Schengen-Evaluierungsbericht im Bereich Datenschutz

Es wurde der Antrag gestellt, dass der zwischenzeitlich vorliegende ausführliche (vertrauliche) Schengen-Evaluierungsbericht im Bereich Datenschutz der Kommission offiziell zur Verfügung gestellt werden solle. Dies wurde damit begründet, dass dieser Bericht wichtige Informationen zur Umsetzung der europäischen Vorgaben im Kanton Zug enthalte. Von anderer Seite wurde erklärt, dass im Rahmen der vorliegenden Kommission lediglich über den Budgetprozess und nicht über die Gesetze bzw. über die (europäischen) Vorgaben dazu insgesamt debattiert werden soll. Weiter wurde geltend gemacht, dass mit der Vorlage lediglich die teilerheblich erklärte

Motion (vgl. Ziff. 1 oben) umgesetzt werden soll. Auf Nachfrage präzisierte die Sicherheitsdirektorin, dass es eine öffentliche Kurzversion und eine vertrauliche ausführliche Version des Schengen-Evaluierungsberichts gebe. Dem Regierungsrat bzw. der Sicherheitsdirektion würden beide Versionen vorliegen. In der ausführlichen (vertraulichen) Version würden die Kantone teils namentlich aufgeführt (so bspw. in Bezug auf die Empfehlung, dass alle kantonalen Datenschutzbehörden unmittelbar rechtsverbindliche Entscheidungen treffen können müssten).

➔ Die Kommission lehnte den Antrag mit 9:6 Stimmen ab.

7.2.2 Vorbereitung der Wahl der Datenschutzstelle durch Regierungsrat

Weiter wurde beantragt, dass die Sicherheitsdirektion abklären solle, wie die Vorbereitungsarbeiten bei der Wahl der Datenschutzstelle mit der Unabhängigkeit der Datenschutzstelle vereinbar seien. Es sei von der Sicherheitsdirektion ein Vorschlag zu erarbeiten, wie sich die Einflussnahme «gesetzestechisch» verhindern liesse. In diesem Zusammenhang wurde erläutert, dass vorgesehen sei, dass sich der Regierungsrat in Zusammenarbeit mit der Justizprüfungskommission (JPK) beratend in die Vorbereitung der Wahl der Datenschutzstelle für die kommende Amtsperiode 2026 – 2023 einbringen soll. Ausserdem wurde darauf hingewiesen, dass auch dieser Abklärungsauftrag nicht mit den eigentlichen Kommissionsarbeiten bzw. der Umsetzung der teilerheblich erklärten Motion zu tun hätte.

➔ Die Kommission lehnte den Antrag mit 12:2 Stimmen, bei einer Enthaltung, ab.

7.3 Gesetzesbestimmungen

Nachfolgend wird auf diejenigen Bestimmungen eingegangen, bei welchen ein Änderungsantrag gestellt oder über einzelne Punkte vertieft diskutiert wurde. Die übrigen Bestimmungen wurden stillschweigend gutgeheissen.

§ 4 Abs. 2 Satz 2 Ombudsgesetz

Gestützt auf vorangehende Äusserungen wurden zwei Anträge gestellt, über die nacheinander (unter Gegenüberstellung mit dem Antrag des Regierungsrats) abgestimmt wurde:

1. Antrag, den 2. Satz der Bestimmung ersatzlos zu streichen.

➔ Die Kommission lehnte den Antrag mit 8:7 Stimmen ab.

2. Antrag, das geltende Recht sei beizubehalten.

➔ Die Kommission lehnte den Antrag mit 11:4 Stimmen ab.

§ 18c Abs. 1 Satz 2 Datenschutzgesetz

Es erfolgte der Hinweis, dass, wenn sich die Kommission bei der Ombudsstelle schon für das Äusserungsrecht des Regierungsrats (und damit für dessen Vorschlag) ausspreche, dies vielmehr noch bei der Datenschutzstelle sachgerecht erscheine. Gleichwohl erfolgte auch bei der analogen Bestimmung im Datenschutzgesetz der

Antrag, den 2. Satz der Bestimmung ersatzlos zu streichen.

➔ Die Kommission lehnte den Antrag mit 8:7 Stimmen ab.

§ 36 Abs. 3 Finanzhaushaltsgesetz (Fremdänderung)

In Zusammenhang mit der angesprochenen Thematik einer möglichen «Besserstellung der Fachstellen» gegenüber den Gerichten (vgl. Ziff. 4 vorstehend) wurde diskutiert, ob – analog zu den vorliegenden Anpassungen im Ombuds- und Datenschutzgesetz – auch das Gegenantragsrecht des Regierungsrats bei den Gerichten als Fremdänderung in § 36 Abs. 2 FHG (im Sinne eines reinen Äusserungsrechts des Regierungsrats) angepasst bzw. ganz aufgehoben

werden solle. Dabei wurde auch die Stellung der Finanzkontrolle thematisiert, wobei präzisiert wurde, dass diese administrativ der Finanzdirektion zugeordnet werde und über ein separates Budget verfüge. Gegen eine solche Fremdänderung wurde votiert, dass dies auf dem üblichen Weg in einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erfolgen sollte. Es wurden folgende Anträge gestellt:

1. Antrag, bei den Gerichten (Obergericht und Verwaltungsgericht) sowie beim Regierungsrat eine «Mini-Vernehmlassung» zu einer Anpassung (analoge Regelung mit Äusserungsrecht des Regierungsrats) bzw. Aufhebung von § 36 Abs. 3 (Aufhebung abweichendes Antragsrecht) einzuholen.
➔ Die Kommission lehnte den Antrag mit 8:7 Stimmen ab.
2. Antrag, § 36 Abs. 3 FHG (und damit das Gegenantragsrecht des Regierungsrats) aufzuheben.
➔ Die Kommission lehnte den Antrag mit 10:4 Stimmen, bei einer Enthaltung, ab.
3. Eventualantrag (zu Antrag 2): § 36 Abs. 3 FHG so anzupassen, dass dem Regierungsrat (analog zur vorgesehenen Änderung im Ombuds- und Datenschutzgesetz) lediglich ein Äusserungsrecht zukomme.
➔ Die Kommission lehnte den Antrag mit 8:7 Stimmen ab.

8. Schlussabstimmung

Die Kommission stimmte der Vorlage ohne Änderungen der vorberatenden Kommission in der Schlussabstimmung mit 7:3 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu.

Im Anschluss daran erklärten insgesamt 7 Kommissionsmitglieder, einen Kommissionsminderheitenbericht gemäss § 31 Abs. 2 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats vom 28. August 2014 (GO KR; BGS 141.1) zu verfassen und diesen zeitlich mit dem Kommissionsbericht einzureichen. Für die Erstellung der beiden Berichte wurde ein Zeitfenster von zwei Monaten, konkret bis am Dienstag, 31. März 2026, vereinbart.

9. Kommissionsantrag

Die vorberatende Kommission beantragt dem Kantonsrat

1. mit 11:4 Stimmen auf die Vorlagen Nr. 3980.1 - 18298 und 3980.2 - 18299 einzutreten;
2. mit 7:3 Stimmen bei 5 Enthaltungen den Vorlagen ohne Änderungen der vorberatenden Kommission zuzustimmen.

Zug, 26. Januar 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Namen der vorberatenden Kommission

Der Präsident: Gregor Bruhin

Kommissionsmitglieder:

Bruhin Gregor, Präsident, Zug
Ehrbar Alessandro, Risch
Felber Michael, Zug
Gössli Alois, Baar
Grond Flurin, Neuheim
Gwerder Thomas, Baar
Haslimann Alexander, Risch
Küng Julia, Zug
Leuenberger Simon, Menzingen
Magnusson Tom, Menzingen
Schumpf Etienne, Zug
Wattenhofer Beni, Steinhausen
Werner Thomas, Unterägeri
Wiederkehr Roger, Risch
Zimmermann Martin, Baar